

Stand Mai 2019

Informationen zum Datenschutz nach Art. 13 und 14 der Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union (DSGVO)

Waffen-, sprengstoff- und jagdrechtliche Verfahren, allgemeines Fischereirecht, u.a.
(Stand Mai 2019)

Der Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten ist ein Grundrecht und genießt auch beim Landratsamt Ortenaukreis einen hohen Stellenwert.

Soweit personenbezogene Daten bei der Person selbst oder bei Dritten erhoben werden, ist die betroffene Person grundsätzlich über die Datenverarbeitung zu informieren (Artikel 13, 14 DSGVO).

Mit den nachfolgenden Angaben kommen wir dieser Informationspflicht nach. Sie sind auch auf unserer Homepage unter [www.ortenaukreis.de//Politik & Verwaltung/Verwaltung/Sicherheit, Ordnung & Gesundheit/Ordnungsamt/Jagd, Waffen und Sprengstoff](http://www.ortenaukreis.de//Politik%20%26%20Verwaltung/Verwaltung/Sicherheit,%20Ordnung%20%26%20Gesundheit/Ordnungsamt/Jagd,%20Waffen%20und%20Sprengstoff) eingestellt.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Verantwortlich für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist das Landratsamt Ortenaukreis, Ordnungsamt, Okenstraße 29, 77652 Offenburg, Telefon 0781 805 0, E-Mail: waffen@ortenaukreis.de

2. Datenschutzbeauftragter

Der Datenschutzbeauftragte des Landratsamts Ortenaukreis ist wie folgt zu erreichen:
Landratsamt Ortenaukreis, Datenschutzbeauftragter, Badstraße 20, 77652 Offenburg,
Telefon 0781 805 0, E-Mail: datenschutz@ortenaukreis.de

3. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Das Ordnungsamt/Sachgebiet Jagd, Waffen und Sprengstoff verarbeitet Daten im Rahmen von waffen-, sprengstoff- und jagdrechtlichen Verfahren. Ihre personenbezogenen Daten werden dabei nur insoweit verarbeitet, als dies zur Wahrnehmung dieser Aufgaben und innerhalb der Zuständigkeit des Sachgebiets erforderlich und gesetzlich zulässig ist oder Sie ausdrücklich eingewilligt haben.

Die Datenverarbeitung im Einzelfall erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe e) und f) DSGVO in Verbindung mit den jeweiligen Fachgesetzen oder auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe a) durch Ihre Einwilligung.

4. Widerruf der Einwilligung

Werden Daten auf der Grundlage einer Einwilligung von Betroffenen verarbeitet, kann die Einwilligung jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die bis zum Widerruf erfolgte Verarbeitung bleibt davon unberührt.

5. Kategorien personenbezogener Daten

Insbesondere werden folgende Datenkategorien verarbeitet: Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Staatsangehörigkeit, etc.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten

Die in Ziffer 5 genannten Datenkategorien werden ggf. innerhalb des Landratsamts oder an weitere Behörden/Institutionen übermittelt.

Dies können insbesondere sein: andere Behörden, Städte und Gemeinden, Strafverfolgungsbehörden und Behörden der Gefahrenabwehr (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Zoll, Staats- und Verfassungsschutz), Aufsichtsbehörden, Gerichte, Ministerien, Auftragsverarbeiter (z.B. IT-Dienstleister, wie etwa Rechenzentren), etc.

7. Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

8. Betroffenenrechte

Betroffenen stehen folgende Rechte hinsichtlich der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu:

Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO) → Betroffene haben das Recht zu erfahren, ob und welche personenbezogenen Daten verarbeitet werden, welchen Zwecken die Datenverarbeitung dient, auf welcher Rechtsgrundlage die Verarbeitung erfolgt, die Herkunft der Daten, eventuelle Empfänger der Daten, die Dauer der Speicherung und ihre Rechte. Außerdem können Kopien der personenbezogenen Daten verlangt werden.

Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DSGVO) → Betroffene haben das Recht zu verlangen, dass ihre personenbezogenen Daten berichtigt werden, wenn sie diese für unrichtig halten. Sie haben auch das Recht zu verlangen, ihre personenbezogenen Daten vervollständigen zu lassen, wenn sie diese für unvollständig halten.

Recht auf Löschung (Artikel 17 DSGVO) → Betroffene haben das Recht zu verlangen, dass ihre personenbezogenen Daten gelöscht werden, soweit keine gesetzlichen oder vertraglichen Aufbewahrungsfristen oder andere gesetzliche Pflichten bzw. Rechte zur Speicherung einzuhalten sind.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO) → Betroffene haben unter gewissen Voraussetzungen das Recht zu verlangen, dass ihre personenbezogenen Daten nur eingeschränkt verarbeitet werden.

Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO) → Betroffene haben das Recht zu verlangen, dass von ihnen bereitgestellte personenbezogene Daten direkt an einen anderen Verantwortlichen oder an eine andere Organisation übermittelt werden.

Alternativ haben Betroffene das Recht, dass ihnen diese Daten in einem maschinenlesbaren Format bereitgestellt werden. Dies gilt jedoch nur, wenn die personenbezogenen Daten aufgrund einer Einwilligung, eines Vertrages oder im Rahmen von Vertragsverhandlungen verarbeitet wurden und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgte.

Recht, der Verarbeitung zu widersprechen (Artikel 21 DSGVO) → Wenn personenbezogene Daten verarbeitet wurden, weil die Verarbeitung Teil öffentlicher Aufgabenerfüllung ist oder wenn die Daten auf Basis eines berechtigten Interesses verarbeitet wurden, haben Betroffene das Recht, der Verarbeitung zu widersprechen.

Beschwerderecht → Sofern Betroffene der Meinung sind, dass die Verarbeitung der sie betreffenden Daten gegen die Datenschutzgrundverordnung verstößt, haben sie die Möglichkeit, sich an den Datenschutzbeauftragten des Landratsamts Ortenaukreis (Kontaktdaten siehe unter 2.) oder direkt an die Aufsichtsbehörde, dem Landesbeauftragten für den Datenschutz, Königstraße 10 a, 70173 Stuttgart, Postfach 102932, 70025 Stuttgart, poststelle@lifdi.bwl.de zu wenden.